

Mechthild Heil MdB

CDU

Berlin-Info Nr. 52 | 08. Mai 2020



Web: www.mechthild-heil.de | Instagram: www.instagram.com/mechthild_heil
Facebook: www.facebook.com/MechthildHeil | Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Liebe Leserinnen und Leser,

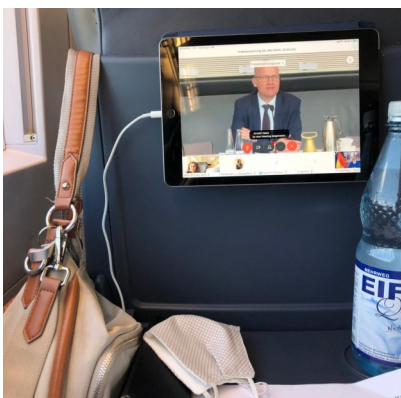
auch diese Sitzungswoche war geprägt von den Auswirkungen der Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie. Konkret bedeutet das verkürzte Sitzungstage und fast alle Sitzungen via Telefon- oder Videokonferenz. Aber auch in Berlin spürt man vorsichtige Lockerungen. So konnte der Rechtsausschuss mit seiner Sitzung stattfinden – allerdings in einem sehr großen Sitzungssaal und alle Abgeordneten mussten aufgrund des Sicherheitsabstandes von 2 Metern komplett verteilt bis auf den Tribünen Platz finden. Auch die bevorstehenden Wahlen der neuen Wehrbeauftragten und namentlichen Abstimmungen fanden weiterhin unter Wahrung der Sicherheitsabstände und Hygienemaßnahmen statt. Meine Eindrücke teile ich hier mit Ihnen fotografisch.

In dieser Ausgabe meiner Berlin-Info beleuchte ich noch einmal die aktuellen Lockerungen, welche von Bund und Ländern diesen Mittwoch beschlossen wurden – und wieso ich diesen mit Freude aber auch leichten Bedenken entgegensetze. Im Weiteren gehe ich auf ein Thema ein welches viele von Ihnen beschäftigt: eine potentielle Corona-Impfpflicht. Hierzu haben mich einige Bürgerschreiben erreicht, ich hoffe ich kann hier zur Aufklärung beitragen. Leider wird aktuell die Verletzlichkeit der Menschen ausgenutzt, um Panik und Verschwörungstheorien zu verbreiten. Dazu mehr auf Seite 3. Zu guter Letzt schauen wir noch kurz nach Remagen, anlässlich des 75 jährigen Kriegsendes. In Berlin wird der 8. Mai als Feiertag begangen. Wieso in Remagen ein Stück Geschichte geschrieben wurde welches zum Kriegsende beigetragen hat, können Sie auf der letzten Seite lesen.

Viel Freude beim Lesen, bleiben Sie gesund und ich wünsche Ihnen und Ihren Lieben ein schönes Wochenende!

Ihre

M. Heil



Fraktionsitzung seit der Pandemie: als Videokonferenz mit allen 246 Abgeordneten von CDU/CSU



Ausschusssitzung Recht und Verbraucherschutz: Wer nicht reden musste durfte auf der Tribüne Platz nehmen



Wahlkabinen für die Wahl der neuen Wehrbeauftragten. Mehr Kabinen, mehr Zeit zur Abstimmung um Ansammlungen zu vermeiden

Locker, aber nicht leichtsinnig!

Deutschland geht in eine weitere Runde der Lockerung der Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie. Das ist das Ergebnis des deutlichen Rückgangs des Infektionsgeschehens und damit der Erfolg der bisherigen Maßnahmen und der Disziplin der Bevölkerung. Wir können es uns daher jetzt leisten, insbesondere die Beschränkungen nach und nach zu lockern, die besonders großen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schaden verursachen. Ich denke dabei zum Beispiel an die Bereiche Schule und Kinderbetreuung, an das Hotel- und Gaststättengewerbe und an Zusammenkünfte von kleinen Familien- und Freundeskreisen. Ich bin froh, dass wir die Lockerungen rationalisieren, weil Berlin-Mitte eben nicht mit Bad Neuenahr, Münstermaifeld oder Nürburg zu vergleichen ist. Wir dürfen aber auch nicht leichtsinnig werden: das Pandemiegeschehen ist leider noch lange nicht vorbei – und es wird erheblich zurückschlagen, wenn die weiterhin geltenden Einschränkungen nicht konsequent eingehalten werden

Die Sorge, die mich in dieser Woche umtreibt: Dass der Eindruck entsteht, es sei alles vorbei und Leichtsinns ausbricht. Man kann das im öffentlichen Raum bereits wahrnehmen, aber ich höre und lese es auch. So sollen zum Beispiel viele Firmen bereits jetzt damit beginnen, die Möglichkeiten für Homeoffice wieder deutlich einzuschränken. Dabei steht im Papier von Bund und Ländern von Mittwoch ausdrücklich, dass die Unternehmen weiterhin aufgefordert sind, wo immer dies umsetzbar ist, Heimarbeit zu ermöglichen. Aber auch staatliche Akteure senden teilweise missverständliche Signale. Zum Beispiel das Land Sachsen-Anhalt mit der Regelung, dass bis zu fünf beliebige Personen sich wieder anlasslos überall treffen können. Um es noch einmal zu betonen: Hygiene und größtmöglicher Abstand sind weiterhin dringend nötig, um einen erneuten Anstieg der Infektionen zu verhindern.

Es ist dabei allerdings richtig, nun mehr Verantwortung vom Bund auf die Länder und Kommunen zu verlagern. Wie ich schon in der letzten BerlinInfo geschrieben habe, ist die föderale Struktur eine Stärke unseres Landes. Sie erlaubt uns jetzt, wo die erste große Welle der Infektionen abebbt, auf weitere eventuelle Ausbrüche lokal zu reagieren. Insofern entscheidet die Bevölkerung jedes Landkreises und jeder Stadt nun auch ein Stück weit selbst darüber, ob es wieder zu stärkeren Einschränkungen kommen muss. Dort, wo das Infektionsgeschehen durch Leichtsinns und Unachtsamkeit wieder deutlich zunimmt, dort wird es dann auch wieder zusätzliche Beschränkungen geben müssen. Das ist keine „Strafe“, sondern es ist schlicht eine Notwendigkeit, um eine erneute starke Verbreitung im Bundesgebiet frühzeitig zu stoppen.

Die letzten Tage zeigen uns aber auch, dass Rechtsstaat und Demokratie in Deutschland trotz der großen Belastungen durch die Pandemie intakt sind. Die vorübergehenden Einschränkungen einiger Grundrechte werden gerichtlichen Überprüfungen unterzogen und dort, wo die Richter sie als unverhältnismäßig einstufen auch entsprechend gerügt und aufgehoben. Die Parlamente und insbesondere der Bundestag nehmen ihre Kompetenzen wieder zurück, wo sie vorübergehend den Regierungen zur schnellen Pandemiebekämpfung mehr Spielraum eingeräumt hatten. Und die Einschränkungen werden umfassend dort gelockert, wo es irgendwie verantwortbar ist. Ich persönlich wünsche mir noch, dass wir auch über die Aufhebung der Grenzschließungen sehr bald nachdenken. Der Wegfall der Schlagbäume in Europa war ein Meilenstein der Geschichte. Wir sollten ihn nicht länger pausieren als unbedingt nötig.

Corona-Impflicht?!

In den letzten Tagen und Wochen werden das Internet, und dabei insbesondere die sozialen Medien, mit Verschwörungstheorien und kruden Ideen zum Coronavirus überschwemmt. Sie würden sich wundern, was dort so alles als Tatsache dargestellt wird. Normalerweise würde ich dieses Thema nicht für meine BerlinInfo wählen, aber in dieser Woche gibt es einen direkten Bezug zu aktuellen Gesetzgebungsverfahren.

Am Donnerstag haben wir den 'Entwurf eines Zweiten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite' zum ersten Mal im Plenum beraten. Dieser beinhaltet neben einer Meldepflicht für Erkrankung an und Genesung von COVID-19 auch eine Sicherstellung der Fortführung der Ausbildung und Prüfung in Gesundheitsberufen auch in Pandemiezeiten. Testungen in Bezug auf Covid-19 sollen Bestandteil des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung werden. Nicht zuletzt umfasst das Gesetz neben weiteren Präzisierungen eine Verpflichtung für Pflegeeinrichtungen zu gestaffelten Sonderleistungen (Corona-Prämien) an ihre Beschäftigten und eine Regelung zur Erstattung dieser Leistungen durch die Versicherungen.

In einem früheren Entwurf des Gesetzes sah der Entwurf vor, dass bei der Anordnung und Durchführung behördlich angeordneter Schutzmaßnahmen in angemessener Weise zu berücksichtigen sei, ob und inwieweit eine Person, die ihre Immunität wissenschaftlich nachweisen kann, von den Maßnahmen ganz oder teilweise ausgenommen werden kann. Wichtig in diesem Zusammenhang wäre eine zweifelsfreie Feststellung einer Immunität, die ausschließt, dass eine Infektionskrankheit von der betroffenen Person übertragbar werden kann. Der Schutzzweck der behördlich angeordneten Maßnahme sollte dadurch nicht gefährdet werden. Derzeit kann aber wissenschaftlich noch nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden, ob durch vorhandene Antikörper (etwa wegen einer überstandenen Infektion) eine ausreichende Immunität vorhanden ist. Auch eine fehlende Ansteckungsfähigkeit aufgrund eines ausreichenden Impfschutzes kann derzeit nicht sichergestellt werden, da kein Impfstoff zur Verfügung steht. Der Gesetzentwurf sah außerdem eine Konkretisierung der bereits heute bestehenden Impfdokumentation (§ 22 Infektionsschutzgesetz) und eine Erweiterung dieser Dokumentation auf den Immunitätsstatus vor. Da es derzeit noch offene Fragen bzgl. einer wissenschaftlich zweifelsfreien Feststellung der Immunität gibt, wurde noch vor dem Beschluss der Fraktionsgremien die Streichung der entsprechenden Regelungen aus dem Gesetzentwurf vorgenommen.

Zu keinem Zeitpunkt war eine Impfpflicht Teil dieses Gesetzes oder überhaupt Bestandteil der Überlegungen. Mit etwas klarem Menschenverstand sollte es eigentlich logisch sein, dass sich der Bundestag nicht mit einer Impfpflicht für einen Krankheitserreger befasst, für den es keinen Impfstoff gibt. Zudem zeichnet sich eine hohe Bereitschaft zu einer freiwilligen Impfung in der Bevölkerung ab, sodass eine Beschäftigung mit diesem Thema nicht nötig sein wird.

Trotzdem bekommen meine Kollegen und ich viele Nachrichten mit der Bitte einer Impfpflicht nicht zuzustimmen, es kursieren Petitionen im Internet und die Verunsicherung wird von bestimmten Akteuren geschickt zur Stimmungsmache gegen die Maßnahmen der Regierung verwendet.

Ich bitte Sie daher: seien Sie kritisch! In den sozialen Medien sind viele Informationen nicht belegt oder von zweifelhafter Herkunft. Wenn Sie sich unsicher sind oder Fragen zu bestimmten Gesetzen oder Maßnahmen haben, können Sie mich jederzeit ansprechen!

Gastronomie, Hotellerie und Tourismusbranche brauchen schnellen und verlässlichen Wiedereinstieg!



Die Lockerungen der Corona-Auflagen wurden diesen Mittwoch beschlossen. Es braucht einen durchdachten, nachhaltigen und effektiven Kurs zur Öffnung von Restaurants, Hotels, Ferienwohnungen und Freizeiteinrichtungen nach dem totalen Shut-Down in der Corona-Krise. Daher habe ich mich aktuell an meinen Bundestagskollegen und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier MdB gewandt. In meinem Wahlkreis sind die oben genannten Bereiche ein besonders wichtiger Teil der heimischen Wirtschaftsstruktur und die Hilferufe und Appelle werden in den letzten Tagen dringlicher. Für die geschilderte Existenznot und die zurzeit mangelnde Perspektive der Betroffenen habe ich großes Verständnis und habe Peter Altmaier daher gebeten, in nächster Zeit ein besonderes Augenmerk auf die Wiederaufnahme und gegebenenfalls Unterstützung der Aktivitäten in diesen Branchen zu richten. Vor

Ort ist nach meinem Eindruck jeder bereit, sich den neuen Herausforderungen zu stellen und die wichtigen Sicherheits- und Hygieneregeln einzuhalten.

Die Ludendorff-Brücke — Die Brücke von Remagen

Auch bei uns im Wahlkreis fand ein wichtiges geschichtliches Ereignis statt, dass für das Kriegsende am 8. Mai 1945 Bedeutung hatte.

Erbaut im ersten Weltkrieg, aus strategischen Gründen, war sie auch im zweiten Weltkrieg ein strategisch wichtiger Punkt. Am 7. März eroberte die 9. US-Panzerdivision überraschend bei Remagen eine Eisenbahnbrücke über den Rhein. Die Deutschen versuchten alles, um die Ludendorff-Brücke zu sprengen – vergebens.

Dies ermöglichte den alliierten Truppen den Übergang über den Rhein und hat sicherlich die verbleibende Zeit bis zum Kriegsende deutlich verkürzt.

Einziges Überbleibsel aus Kriegszeiten sind heutzutage nur noch die Türme an den jeweiligen Ufern. Auf Remagener Seite befindet sich in den Türmen ein Friedensmuseum und ist für die Öffentlichkeit zugänglich. Waren Sie schon einmal dort?



Foto: <http://www.bruecke-remagen.de/>